STADT REMSCHEID

Drucksache **17/1813**
19.10.2026

Mitteilungsvorlage

Antwort auf die Anfrage von RM Stamm zur „Zukunft der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe„ vom 24.09.2026

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	05.11.2026	Kenntnisnahme

Öffentlichkeit
Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Federführung
0.17 Kommunales Integrationszentrum

Beteiligte Stellen
0.11 Personal und Organisation
1.00 Fachdezernat Finanzen und Kultur

Finanzielle Folgen und Auswirkungen

Voraussichtlicher Aufwand und voraussichtliche Auszahlungen im laufenden Jahr und in Folgejahren
keine

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Ergebnis- und Finanzplan enthalten
entfällt

Produkt(e)
01.17.01 Integration und Migration

Zeit- und Personalkostenaufwand
(3 Stunden – 225,- Euro)

Mitteilung der Verwaltung
Die nachfolgende Information wird zur Kenntnis genommen.

Antwort auf die Anfrage von Ratsmitglied Stamm zur „Zukunft der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe“ vom 24.09.2026

Die Stadt Remscheid hat die ehrenamtliche Integrationsarbeit nicht beendet, sondern ihre organisatorische und finanzielle Grundlage an die neuen veränderten Förderbedingungen des Landes angepasst. Von besonderer Bedeutung ist, dass diese Struktur die bisherigen Erfahrungen, Kontakte und Kompetenzen der Ehrenamtlichen aufnimmt und weiterentwickelt. So kann die notwendige Anpassung an die veränderte Förderlandschaft mit einer möglichst großen Kontinuität der örtlichen Integrationsarbeit durch weitere Kooperationspartnern innerhalb der Kommune verbunden werden.

Frage 1:

Aus welchem Grund wurden die bestehenden Vereinbarungen mit den Ehrenamtlichen gekündigt? Welche förderrechtlichen Änderungen stehen einer Fortführung der bisherigen Struktur entgegen?

Antwort:

Die Beendigung der bisherigen Ehrenamtsvereinbarungen von Einzelpersonen steht im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Landesförderung durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) für die ehrenamtliche Integrationsarbeit im Kommunalen Integrationszentrum Remscheid.

Das bisherige Landesprogramm „KOMM-AN NRW“, dass durch das Kommunale Integrationszentrum koordiniert und begleitet wurde, wurde zum 31.12.2024 beendet. Es bildete bislang die Grundlage für die Förderung der ehrenamtlichen Integrationsarbeit in den Kommunen und Kreisen in Nordrhein-Westfalen. Seit dem 01.01.2025 ist an seine Stelle das neue Förderprogramm „Ehrenamt im Kontext von Prävention“ bei den Kommunalen Integrationszentren getreten.

In dem neuen Programm sind bestimmte inhaltliche Schwerpunkte stärker ausgerichtet. Dazu gehören insbesondere die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe, die Förderung von Resilienz, Empowerment sowie Demokratiebildung. Darüber hinaus sehen die neuen Förderbedingungen vor, dass die Mittel an freie Träger, Vereine und Migrantenorganisationen mit ehrenamtlichen Strukturen weitergeleitet werden.

Eine Finanzierung städtischer Personalkapazitäten für die bisherige Alltagsbetreuung sowie eine engmaschige Begleitung ist aus diesen Mitteln nicht mehr möglich. Seit Ende 2024 hat das Kommunale Integrationszentrum Remscheid den entsprechenden Personenkreis über diese veränderte Ausrichtung informiert.

Vor diesem Hintergrund wurde die bisherige organisatorische und finanzielle Struktur angepasst und die bestehenden Ehrenamtsvereinbarungen zum 31. August 2026 beendet. Die

Kündigung ist damit nicht als eine Beendigung der ehrenamtlichen Integrationsarbeit insgesamt zu verstehen, sondern als eine notwendige Anpassung an die veränderten Förderbedingungen des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI).

Frage 2:

Wer übernimmt die bisher von den Ehrenamtlichen geleistete Arbeit, ab wann und in welcher Form? Welche der bisherigen Angebote werden fortgeführt und welche entfallen?

Antwort:

Es wird eine neue organisatorische Struktur geschaffen, innerhalb derer die Ehrenamtlichen ihre Tätigkeit weiterhin ausüben können. Eine systematische und ausschließlich auf eine bestimmte Gruppe von Ehrenamtlichen ausgerichtete Planung von Angeboten ist im Rahmen der neuen Ausrichtung im Kommunalen Integrationszentrum nicht mehr durchführbar.

Im Zuge der Neustrukturierung der Ehrenamtsarbeit wurde der Fokus der Angebote entsprechend der neuen Förderrichtlinie weiter gefasst. Ziel ist es, die bestehenden Veranstaltungs- und Unterstützungsangebote allen Personenkreisen gleichermaßen zugänglich zu machen.

Die Stadt hat hierfür vorgesehen, die Koordination künftig durch verschiedene Kooperationspartner, wie z.B. Caritas oder anderen freien Trägern oder Vereinen wahrnehmen zu lassen. Bislang gab es keine kompletten Unterbrechungen der geleisteten Arbeit. Viele der bislang engagierten Ehrenamtlichen haben sich z.B. dem Verein SENF angeschlossen. Damit besteht eine Möglichkeit, das bisherige Engagement in einer neuen organisatorischen Form fortzuführen.

Ehrenamtliche können weiterhin an den Angeboten des Kommunalen Integrationszentrums teilzunehmen und sich mit eigenen Bedarfen und Themen an das Kommunale Integrationszentrum wenden. Der Fachdienst wird die Umsetzbarkeit und den bestehenden Bedarf prüfen und dies gegebenenfalls in die Planung entsprechender Angebote einbeziehen.

Frage 3:

Welche Aufgaben übernimmt die Caritas im Rahmen der Koordination der Ehrenamtlichen?

Antwort:

Die Stellenprofile der Caritas wurden an die ehrenamtlich Engagierten weitergeleitet. Mögliche Aufgaben beziehen sich auf die folgenden Punkte:

- Bei aufenthaltsrechtlichen Fachfragen können sich die Ehrenamtlichen telefonisch an die Caritas wenden.
- Interessante Fortbildungsangebote werden an diesen Personenkreis weitergeleitet.
- Bei konkreten Fortbildungsideen aus der Gruppe werden diese von der Caritas geprüft und dann ggf. angeboten.

Eine Koordination und engmaschige Begleitung nach Wünschen und Bedarfen dieser ehrenamtlichen Gruppe ist für die Caritas nicht durchführbar.

Frage 4:

Wie ist der Übergang von der bisherigen auf die neue Struktur geregelt und wie wird sichergestellt, dass bei den bisherigen Angeboten keine Lücke entsteht?

Antwort:

Die Stadt Remscheid hat die Strukturen des Kommunalen Integrationszentrums an die veränderten Förderbedingungen angepasst. Ziel ist es, das ehrenamtliche Engagement im Bereich Migration und Vielfalt weiterhin zu unterstützen und bestehende Angebote im Rahmen der Fördermöglichkeiten bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Die bisherige engmaschige Betreuung von einzelnen Ehrenamtlichen kann hingegen nicht mehr durchgeführt werden. Derzeit wird geprüft, wie und welche ehrenamtlichen Angebote in städtischen Unterkünften weiterhin umgesetzt werden, um eine Fortführung im Rahmen der neuen Strukturen zu ermöglichen.

Alle Ehrenamtlichen können auch zukünftig an den Angeboten und Maßnahmen vom Kommunalen Integrationszentrum teilnehmen. Eine Übersicht über die verschiedenen Maßnahmen, die u.a. für alle Ehrenamtlichen zur Verfügung stehen, wurden z.B. in der DS 17/1490 (September) und DS 17/0909 (Mai) aufgeführt. Zudem werden bestehende Kontakte, laufende Unterstützungsfälle und gewachsene Kooperationen in die neue Struktur einbezogen, soweit dies organisatorisch und datenschutzrechtlich möglich ist.

Die Caritas sowie weitere Vereine wie SENF e.V., La Guinée Unie e.V. und die Deutsch-Italienische Gesellschaft Remscheid e.V. verfügen über langjährige gewachsene Strukturen und Erfahrungen und bieten eine ebenfalls gute organisatorische Grundlage für die Ehrenamtsarbeit.

Das Kommunale Integrationszentrum verfolgt ausdrücklich das Ziel, durch die Neuordnung keine Unterbrechung der Integrationsarbeit entstehen zu lassen, sondern diese wesentliche Arbeit auf verschiedenen Partnern zu verteilen.

Frage 5:

Wie werden die Unterstützungsbedarfe der Geflüchteten ermittelt und mit passenden Angeboten von Ehrenamtlichen beziehungsweise Trägern zusammengeführt?

Antwort:

Die Ermittlung von Unterstützungsbedarfen ist ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Integrationsarbeit. Der Bedarf wird u.a. in persönlichen Gesprächen mit Geflüchteten ermittelt, die insbesondere durch die Bildungsberatungen und/oder durch die Beratungen des Case Managements im Kommunalen Integrationszentrum stattfinden. Dabei wird zunächst festgestellt, welche konkrete Unterstützung benötigt werden und ob diese durch Ehrenamtliche geleistet werden kann oder ob eine professionelle beziehungsweise fachliche Unterstützung erforderlich ist.

Ehrenamtliche können insbesondere bei alltagspraktischer Unterstützung, Orientierung, Begegnung, Begleitung und gesellschaftlicher Teilhabe einen wichtigen Beitrag leisten. Bei fachlich oder rechtlich komplexen Fragestellungen müssen dagegen die jeweils zuständigen Beratungsstellen aus der Verwaltung und/ oder anderen professionellen Trägern eingebunden werden. Dabei ist zugleich wichtig, die Grenzen ehrenamtlicher Tätigkeit zu berücksichtigen und Ehrenamtliche nicht mit Aufgaben zu überfordern, die eine professionelle Fachkoordination voraussetzen.

Nach Klärung der Bedarfe wird das Unterstützungsangebot an die entsprechenden geeigneten Netzwerke z.B. städtische Fachdienste, Vereine, Träger, Institutionen etc. weitergeleitet.

Frage 6:

Wie wird sichergestellt, dass die über Jahre aufgebauten Strukturen und Netzwerke der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe erhalten bleiben?

Antwort:

Das Kommunale Integrationszentrum Remscheid misst dem langjährigen Engagement der Ehrenamtlichen eine hohe Bedeutung bei. Das über Jahre entstandene Wissen, die persönlichen Kontakte und die gewachsenen Netzwerke stellen einen wichtigen Bestandteil der örtlichen Integrationsarbeit dar. Denn es kann auf bereits vorhandene Strukturen zurückgegriffen werden. Die Caritas sowie weitere Vereine wie z.B. SENF e.V., verfügen über gewachsene Erfahrungen in der Ehrenamtsarbeit. Zudem hat sich bereits ein großer Teil der ehrenamtlichen Personen an SENF e.V. angeschlossen und engagiert sich entsprechend. Viele dieser Vereine erhalten durch das Kommunale Integrationszentrum Fördergelder des Landes.

Es bestehen wichtige Voraussetzungen dafür, die bisher entstandenen Netzwerke auch in der neuen Struktur soweit wie möglich weiterzuführen, die Erfahrungen und das Wissen weiterhin genutzt werden können. Bestehende Kooperationen mit Vereinen, Initiativen, Beratungsstellen und anderen Einrichtungen, die in diesem Bereich tätig sind, werden weiterhin fortgeführt.

Aufgelistete Angebote können auch weiterhin nach Absprache mit den entsprechenden Fachdiensten wie Gebäudemanagement und der Ausländerbehörde in den Flüchtlingsunterkünften stattfinden.

Die Beendigung der bisherigen Ehrenamtsvereinbarungen ist kein Abbruch der gewachsenen ehrenamtlichen Strukturen. Vielmehr wird die organisatorische Grundlage verändert, während das bestehende Engagement und die vorhandenen Netzwerke möglichst erhalten und weiterentwickelt werden.

Wolf
Oberbürgermeister